Aus der RECHTSPRECHUNG

Wir weisen darauf hin, dass die Entscheidungskommentierungen (nicht die besprochenen Gerichtsentscheidungen selbst) geistiges Eigentum der jeweiligen Verfasser und damit urheberrechtlich geschützt sind. Eine Verwendung der Kommentierungen hat daher unter Verwendung ordnungsgemäßer Kennzeichnung als Zitat zu erfolgen und den jeweiligen Verfasser der Kommentierung zu benennen.

Keine Insolvenzanfechtung beim Nachweis mangelnder Gläubigerbenachteiligung wegen ausreichender Insolvenzmasse

- Eine Entscheidungskommentierung von Dr. Dietmar Onusseit –

BGH, Urteil vom 19.12.2024 – IX ZR 120/23

Allgemeines

Die Insolvenzanfechtung ist eines der Mittel – häufig das einzige –, das dem Insolvenzverwalter zur Anreicherung der Insolvenzmasse zur Verfügung steht. Sie setzt gemäß § 129 der Insolvenzordnung (InsO) stets voraus, dass die anzufechtende Rechtshandlung vor der Insolvenzverfahrenseröffnung vorgenommen wurde und die Gläubigergemeinschaft als solche benachteiligte. In der Regel reicht hierfür eine mittelbare Benachteiligung aus, für deren Feststellung auf den Zeitpunkt der mündlichen Verhandlung in der letzten gerichtlichen Tatsacheninstanz abzustellen ist. Ohne Gerichtsverhandlung ist der Zeitpunkt einer außergerichtlichen Einigung maßgebend.

Eine Gläubigerbenachteiligung liegt dann vor, wenn durch die angefochtene Handlung entweder die Schuldenmasse (die Insolvenzforderungen) vermehrt oder die Aktivmasse (das zugunsten der Gläubiger zu verwertende Vermögen des Schuldners) verkürzt und dadurch der Gläubigerzugriff auf das Schuldnervermögen vereitelt, erschwert, gefährdet oder verzögert wird, mit anderen Worten: wenn die im Ergebnis des Insolvenzverfahrens an die Insolvenzgläubiger auszuschüttende Quote durch die Handlung sinkt. Erforderlich ist mithin, dass die Befriedigungsmöglichkeiten der Insolvenzgläubiger ohne die angefochtene Rechtshandlung bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise günstiger gewesen wären. Das ist indessen nicht der Fall, wenn die Insolvenzmasse auch ohne die Anfechtung ausreicht, um alle Ansprüche der Insolvenzgläubiger zu erfüllen, was allerdings nur in seltenen Ausnahmefällen vorkommt.

Grundsätzlich muss der Insolvenzverwalter die Gläubigerbenachteiligung im Rechtsstreit vortragen und beweisen. Nach der Lebenserfahrung spricht allerdings ein sogenannter Anscheinsbeweis dafür, dass in einem einmal eröffneten Insolvenzverfahren die Masse nicht ausreicht, um alle Gläubigeransprüche zu befriedigen. Sind die Voraussetzungen dieses Anscheinsbeweises für eine weiterhin bestehende Gläubigerbenachteiligung erfüllt, kann der Anfechtungsgegner diesen erschüttern oder nach allgemeinen Beweisgrundsätzen entkräften. Gelingt ihm dies nicht, legt das Gericht das Bestehen der Gläubigerbenachteiligung seiner Entscheidung zugrunde. Liegen zusätzlich die Voraussetzungen eines der in den §§ 130 bis 137 InsO geregelten Anfechtungstatbestände vor, unterliegt die Rechtshandlung

Aus der RECHTSPRECHUNG

Wir weisen darauf hin, dass die Entscheidungskommentierungen (nicht die besprochenen Gerichtsentscheidungen selbst) geistiges Eigentum der jeweiligen Verfasser und damit urheberrechtlich geschützt sind. Eine Verwendung der Kommentierungen hat daher unter Verwendung ordnungsgemäßer Kennzeichnung als Zitat zu erfolgen und den jeweiligen Verfasser der Kommentierung zu benennen.

der Anfechtung, der Anfechtungsgegner hat dann nach § 143 InsO das in die Insolvenzmasse zurückzugewähren, was durch die Handlung aus ihr fortgegeben wurde.

Im Allgemeinen befindet sich im Anfechtungsrechtsstreit der Insolvenzverwalter in der Rolle des Klägers, der Anfechtungsgegner ist der Beklagte. Vorliegend hatte der Insolvenzverwalter den Anfechtungsgegner zwar außergerichtlich in Anspruch genommen, aber nicht verklagt. Der Anfechtungsgegner möchte nun als Kläger festgestellt wissen, dass der Verwalter nicht zur Anfechtung berechtigt ist.

Der zu entscheidende Fall

Der Beklagte ist Verwalter in dem Insolvenzverfahren über den Nachlass des 2016 verstorbenen Erblassers. Der Kläger macht geltend, der Beklagte sei nicht befugt, Anfechtungsansprüche aus dem Nachlassinsolvenzverfahren gegen den Kläger oder seine Gläubiger geltend zu machen, was auf folgendem Sachverhalt beruht.

Der Erblasser war verheiratet und hatte einen Sohn und eine Tochter. Alleinerbin ist aufgrund eines gemeinschaftlichen Testaments ihrer Eltern die Tochter. In einem gerichtlichen Vergleich verpflichtete sie sich, an ihren Bruder einen Betrag von 90.000 € zur Abgeltung von etwaigen erbrechtlichen Ansprüchen am dereinstigen Nachlass der Mutter zu bezahlen.

2019 veräußerte die Alleinerbin eine zum Nachlass gehörende Immobilie für 480.000 €. Vom Kaufpreis wurde ein Teilbetrag in Höhe von 90.000 € unmittelbar an den Bruder ausgezahlt. Ein weiterer Teilbetrag in Höhe von 132.320,99 € wurde zur Ablösung einer auf der Immobilie lastenden Grundschuld verwendet. Der verbleibende Restbetrag in Höhe von 257.679,01 € wurde auf ein Anderkonto der Rechtsanwälte O. ausgezahlt, die zuvor sowohl für den Erblasser als auch für die Alleinerbin in diversen Rechtsstreitigkeiten tätig waren. Ein eigenes Konto besaß die in Vermögensverfall geratene Alleinerbin nicht. Die Alleinerbin verbrauchte das Geld in der Folgezeit bis 2021 unter anderem zur Begleichung von Nachlassverbindlichkeiten und von eigenen Verbindlichkeiten. Außerdem veranlasste die Alleinerbin fünf Zahlungen von dem Anderkonto an verschiedene Gläubiger des Klägers in Höhe von insgesamt 8.700,46 € und weitere sechs Barzahlungen in Höhe von insgesamt 6.000 € an den Kläger selbst.

Die Alleinerbin einigte sich 2020 mit ihrer Mutter, der Witwe des Erblassers, in einem gerichtlichen Vergleich auf die Zahlung von Zugewinnausgleich und beantragte sodann im November 2020 die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über den Nachlass.

Aus der RECHTSPRECHUNG

Wir weisen darauf hin, dass die Entscheidungskommentierungen (nicht die besprochenen Gerichtsentscheidungen selbst) geistiges Eigentum der jeweiligen Verfasser und damit urheberrechtlich geschützt sind. Eine Verwendung der Kommentierungen hat daher unter Verwendung ordnungsgemäßer Kennzeichnung als Zitat zu erfolgen und den jeweiligen Verfasser der Kommentierung zu benennen.

Der beklagte Insolvenzverwalter verlangte vom Kläger außergerichtlich im Wege der Insolvenzanfechtung nach § 134 InsO (Anfechtung unentgeltlicher Leistungen) die Rückzahlung des Gesamtbetrags in Höhe von 14.700,46 €.

Im Januar 2023 wurden Forderungen zur Insolvenztabelle in Höhe von 219.284,08 € festgestellt, darunter die Zugewinnausgleichsansprüche der Mutter der Alleinerbin über rund 210.000 €.

Der Kläger meint, der Erlös aus dem noch vor Insolvenzeröffnung vorgenommenen Verkauf der Immobilie sei nicht Teil des Nachlasses und damit Teil der Insolvenzmasse, sondern Teil des Eigenvermögens der Alleinerbin geworden, über das sie frei habe verfügen können, eine Anfechtung im vorliegenden Nachlassinsolvenzverfahren sei daher schon deshalb nicht möglich. Zudem fehle es an einer Gläubigerbenachteiligung im Sinne des § 129 InsO, weil die Forderungen der Mutter auf Zugewinnausgleich tatsächlich nicht bestünden.

Mit seiner Klage begehrt er die Feststellung, dass der Beklagte nicht berechtigt ist, von ihm die Zahlung von 14.700,46 € an sich als Insolvenzverwalter verlangen. Ferner verlangt er Unterlassung der Inanspruchnahme von Gläubigern des Klägers auf Rückzahlung, die diese zur Begleichung ihrer Forderungen gegen den Kläger von dem Anderkonto der Rechtsanwälte O. erhalten haben.

Das Landgericht hat die Klage abgewiesen. Auf die Berufung des Klägers hat das Oberlandesgericht festgestellt, dass der Beklagte nicht berechtigt ist, vom Kläger einen Betrag von 471,56 € und die Barzahlungen über 6.000 € zur Insolvenzmasse zu fordern, und im Übrigen die Berufung zurückgewiesen. Mit seiner Revision verfolgt der Kläger seinen Feststellungs- und Unterlassungsantrag weiter, soweit das Berufungsgericht seine Anträge zurückgewiesen hat.

Die Begründung des BGH

Der BGH erachtet sowohl den Feststellungs- wie den Unterlassungsantrag des Klägers für unbegründet.

Der auf dem Rechtsanwaltsanderkonto verwahrte Teilbetrag aus dem Immobilienkaufpreis gehöre zum Nachlass und falle damit entgegen der Annahme des Klägers in die Insolvenzmasse des Nachlassinsolvenzverfahrens. Die Zahlungen an den Kläger und seine Gläubiger erfolgten daher aus der Insolvenzmasse. Diese Auffassung hat der entscheidende Senat mit ebenfalls auf den 19.12.2024 datierendem Urteil (IX ZR 119/23), bei dem es um dasselbe Insolvenzverfahren ging, näher begründet. Auch diese Entscheidung ist auf unserer Website kommentiert, sodass insoweit darauf verwiesen werden kann.

Aus der RECHTSPRECHUNG

Wir weisen darauf hin, dass die Entscheidungskommentierungen (nicht die besprochenen Gerichtsentscheidungen selbst) geistiges Eigentum der jeweiligen Verfasser und damit urheberrechtlich geschützt sind. Eine Verwendung der Kommentierungen hat daher unter Verwendung ordnungsgemäßer Kennzeichnung als Zitat zu erfolgen und den jeweiligen Verfasser der Kommentierung zu benennen.

Die gemäß § 129 InsO erforderliche Gläubigerbenachteiligung sei ebenfalls gegeben. Der eingangs dieser Besprechung dargestellte Anscheinsbeweis greife auch in einem Nachlassinsolvenzverfahren ein. Es wäre daher Sache des Klägers gewesen, diesen Beweis zumindest zu erschüttern. Dies sei ihm nicht gelungen. Insbesondere habe er keine Tatsachen dargelegt oder bewiesen, aus denen sich die ernsthafte Möglichkeit eines vollständigen Ausgleichs aller Gläubigeransprüche ergebe. Auf das Nichtbestehen der zur Tabelle festgestellten Forderung auf Zugewinnausgleich könne er sich nicht berufen.

Es seien Forderungen zur Tabelle in Höhe von über 215.000 € festgestellt worden, ohne dass diese nach § 178 Abs. 1 InsO vom Insolvenzverwalter oder einem anderen Gläubiger bestritten worden wären. Die für diese festgestellten Forderungen vorgenommene Eintragung in die Tabelle wirke daher gemäß § 178 Abs. 3 InsO wie ein rechtskräftiges Urteil gegenüber dem Insolvenzverwalter und allen Insolvenzgläubigern. Es stehe deshalb für die Zwecke des Insolvenzverfahrens fest, dass die angemeldeten und festgestellten Forderungen bestünden. Darauf, dass sich die Rechtskraftwirkung nach § 178 Abs. 3 InsO nur auf den Insolvenzverwalter und die Insolvenzgläubiger erstrecke und sich grundsätzlich nicht gegenüber anderen Personen wie hier den Kläger entfalte, komme es dabei nicht an. Die Feststellung einer Forderung zur Tabelle habe zur Folge, dass sie vom Insolvenzverwalter bei der Schlussverteilung zu berücksichtigen und in das Verzeichnis nach § 188 InsO aufzunehmen sei. Mithin könne der Anfechtungsgegner im Anfechtungsprozess nicht einwenden, die Insolvenzmasse sei ausreichend, weil die Feststellung einer Forderung zur Tabelle zu Unrecht erfolgt sei. Reiche die Insolvenzmasse ohne Rückgewähr der anfechtbar weggegebenen Mittel schon nicht zur Befriedigung der Gläubiger von festgestellten Forderungen aus, stehe fest, dass die Insolvenzmasse unzureichend sei. Ob angemeldete, aber (noch) nicht festgestellte Forderungen zusätzlich zu berücksichtigen seien, bedurfte folglich keiner Entscheidung.

Der Unterlassungsantrag schließlich sei schon deswegen unbegründet, weil es zu den Aufgaben des Beklagten als Insolvenzverwalter gehöre, Insolvenzanfechtungsansprüche zu prüfen und durchzusetzen. Insoweit stehe einem Dritten kein Anspruch gegen einen Insolvenzverwalter zu, dass dieser keine Anfechtungsansprüche gegen die Gläubiger des Dritten geltend mache.